Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 47 | Donnerstag, den 16. Februar | Jahrgang 1928

Reichstagsauflösung spätestens am 31. März.

Das Reichsschulgesetz gescheitert. – Das Ende der Regierungskoalition. – Die dringlichen Aufgaben werden noch erledigt.

Neuwahlen voraussichtlich am 13. Mai.

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin**, 15. Februar. (Drahtb.)

Die einzelnen Phasen der Auflösung der Regierungskoalition und ihr schließlicher Bruch sind fast programmäßig verlaufen, seitdem man wußte, daß alle Bemühungen um ein Zustandebringen eines im Sinne der Reichsverfassung liegenden Schulgesetzes an der intransigenten Haltung der Deutschen Volkspartei gescheitert waren. Am Dienstag war die Regierungskoalition, bestehend aus Zentrum, Bayrischer Volkspartei, Deutscher Volkspartei und Deutschnationaler Volkspartei, bereits als toter Körper anzusehen. Nur die formelle amtliche Beglaubigung stand noch aus.

Heute wurde von den zuständigen Stellen für die verblichene Koalition der Leichenschein ausgefertigt. Um 10 Uhr vormittags trat der bisherige Interfraktionelle Ausschuß zu einer kurzen Sitzung zusammen. Die Vertreter des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei erklärten, nach dem Scheitern des Schulgesetzes sei auch die Koalition erledigt. Graf Westarp erwiderte darauf, daß die Deutschnationalen, nachdem diese Erklärung der beiden Parteien vorliege, aus dieser Stellungnahme für ihre Beurteilung der Lage die entsprechenden Folgerungen ziehen würden. Für die Deutsche Volkspartei stellte Dr. Scholz fest, daß das Scheitern des Schulgesetzes keineswegs das Ende der Koalition zu bedeuten brauche; nachdem Zentrum und Bayrische Volkspartei aber ihre Erklärungen abgegeben hätten, nehme die Deutsche Volkspartei diese Kündigung der Koalition zur Kenntnis. Dabei sei sie aber bereit, im Sinne des Briefes des Reichspräsidenten erst noch an der Erledigung der dringenden noch ungelösten Aufgaben der Regierung mitzuwirken.

Zur Beratung über die Frage, was nunmehr zu tun sei, fand um 11 Uhr eine weitere Besprechung statt, an der außer den Führern der bisherigen Koalitionsparteien auch Vizekanzler Dr. Hergt anstelle des erkrankten Reichskanzlers sowie die Minister Dr. Brauns, Dr. Curtius und Schätzl teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit wurde die offizielle Feststellung gemacht, daß die bisherige Regierungskoalition nicht mehr existiere und daß auch der Interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien zu bestehen aufgehört habe. Noch einige liebenswürdige Worte wurden gewechselt, und das offizielle Begräbnis der Koalition war zu Ende.

In dieser Sitzung war man sich darüber einig, daß eine sofortige Auflösung des Reichstages nicht in Frage kommen könne, da zunächst noch der Etat samt Nachtragsetat erledigt werden müsse; ebenso sei es erforderlich, mit Rücksicht auf die Notlage der Landwirtschaft sowie zugunsten der sozialen Fürsorge entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen zu treffen. Als letzter Termin für diese parlamentarischen Arbeiten wurde der 31. März festgesetzt. Sollten sich irgendwelche Schwierigkeiten ergeben, solle beim Reichspräsidenten auf eine Auflösung des Reichstags schon vor dem 31. März hingewirkt werden. Zwecks Durchführung der geplanten Gesetzesvorlagen faßte man zunächst bei Beratung des Etats eine Kontingentierung der Redezeit sowohl im Plenum wie im Haushaltsausschuß ins Auge. Unter Umständen sollen Nachtsitzungen stattfinden. Weiter machte man sich darüber schlüssig, daß von allen Seiten von Agitationsanträgen für die Wahlen abgesehen werden müsse. Ferner war man darüber einmütig der Auffassung, daß es nunmehr Sache des Reichskabinetts sei, seinerseits zu der nunmehr geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Schließlich wurde noch betont, daß die Reichsregierung jetzt, da die Koalition nicht mehr bestehe, auch mit den Oppositionsparteien, insbesondere mit den Sozialdemokraten, Fühlung nehmen müsse. Bezüglich des Strafgesetzbuches soll ein Ueberleitungsgesetz geschaffen werden, damit im nächsten Reichstag die Beratungen ohne weiteres fortgesetzt werden können. Den vorgetragenen Anregungen schlossen sich auch die anwesenden Minister an.

In den Nachmittagsstunden begaben sich die Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, die Abgeordneten von Guérard und Stegerwald, zum Reichskanzler Dr. Marx, der sich sowohl mit den unter den Fraktionen getroffenen Abmachungen wie auch mit dem Verhalten der Zentrumsfraktion ganz einverstanden erklärte.

Ferner fand im Laufe des Nachmittags eine gemeinsame Sitzung der Vorstände der Fraktionen des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei statt, wobei sich die völlige Einmütigkeit in beiden Fraktionen bei der Beurteilung der Lage und der Weiterbehandlung der parlamentarischen Arbeiten ergab.

Auf Wunsch des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion, Hermann Müller, fand am Nachmittag zwischen mehreren Führern der Fraktionen der Sozialdemokraten und des Zentrums eine kurze Besprechung statt. Dabei ergab sich, daß die Sozialdemokraten gewillt sind, auf der oben gekennzeichneten Linie mit den bisherigen Regierungsparteien zu operieren, d. h., daß auch sie die Absicht haben, von Agitationsanträgen abzusehen.

Unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Dr. Hergt fand abends um 6,30 Uhr mit den Führern der bisherigen Koalition eine Besprechung statt, wobei die Stellungnahme des Kabinetts zu den augenblicklich schwebenden innerpolitischen Fragen mitgeteilt wurde. Es herrschte völlige Einmütigkeit darüber, daß das oben erwähnte Arbeitsprogramm durchgeführt werden solle. Die Einzelheiten dieses Arbeitsprogramms sollen noch in dieser Woche festgelegt werden.

Um 7 Uhr abends fanden nacheinander Besprechungen von Führern der Sozialdemokraten und der Demokraten mit Vizekanzler Dr. Hergt statt. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie alles tun würden, um die möglichst schnelle Verabschiedung des Etats zu ermöglichen, da sie den Zeitpunkt der Neuwahlen möglichst frühzeitig wünschen. Im übrigen steht schon jetzt fest, daß die Sozialdemokraten den Etat ablehnen werden. Die Demokraten erklärten sich gleichfalls mit dem beschleunigten Arbeitsprogramm einverstanden. Sie erklärten, daß sie das Kabinett als ein Uebergangskabinett ansähen, und sprachen die Erwartung aus, daß das Kabinett seine Arbeiten loyal führen werde und nicht etwa die Zwischenzeit benutzen, um ihre Parteianhänger in wichtige Stellen hineinzubringen. Die Zentrumsfraktion des Reichstages befaßte sich in mehrstündiger Beratung mit der Situation. Sie beschloß eine Kundgebung an die Wählerschaft. Wie wir erfahren, werden am Donnerstag die Vorstände der Zentrumsfraktionen des Reichstages und des Preußischen Landtages zu einer Sitzung zusammentreten, um die politische Lage in gemeinsamer Aussprache zu erörtern.

Als frühester Wahltermin wird der 13. Mai genannt.

Die Reichsregierung will bis Freitag dieser Woche auf der Grundlage der von den Fraktionsführern geäußerten Wünsche das Arbeitsprogramm aufstellen. Am Freitag abend werden dann die Fraktionen sich darüber schlüssig machen, ob sie auf der Grundlage dieses Programms bis zum 31. März weitertagen wollen, oder ob doch schon vorher die Reichstagsauflösung verlangt werden soll.

★

Gleichzeitig Wahlen zum Preußischen Landtag.

× **Berlin**, 15. Februar.

In Preußen haben schon vor längerer Zeit interfraktionelle Besprechungen der Regierungsparteien stattgefunden, in denen zum Ausdruck kam, daß für den Fall der Auflösung des Reichstages auch der Preußische Landtag aufgelöst werden soll, um eine gleichzeitige Neuwahl für beide Parlamente vornehmen zu können. Auch das preußische Kabinett hat sich in diesem Sinne ausgesprochen. Der 13. Mai darf fürs erste als der gemeinschaftliche Wahltag für den Reichstag und den Preußischen Landtag gelten.

★

Die Mohrenwäsche der Deutschen Volkspartei.

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin**, 15. Februar. (Drahtb.)

Die Deutsche Volkspartei läßt eine Mitteilung in die Welt gehen, die den Gipfel der Unverfrorenheit darstellt. Diese Partei, die trotz ihrer vielgerühmten liberalen Weltanschauung bei der Beratung des Schulgesetzes gegen alles, was in Wirklichkeit liberal zu nennen ist, verstoßen hat, macht jetzt den Versuch, sich als das Unschuldslamm hinzustellen.

Sie weist in der von ihr veröffentlichten Erklärung darauf hin, daß die Regierungskoalition nicht allein zur Erledigung des Schulgesetzes zusammengetreten sei, sondern daß eine große Zahl von bedeutungsvollen Aufgaben noch erfüllt werden müsse. Insbesondere bestehe die Verpflichtung, mindestens noch den Haushalt für 1928 nebst Nachtrag, Maßnahmen zur Behebung der Not der Landwirtschaft, ein Versorgungsgesetz für Kleinrentner und das Kriegsschädenschlußgesetz zu verabschieden. Angesichts dieser Sachlage sei die Deutsche Volkspartei der Auffassung, daß die Auflösung der Koalition und die damit verbundene Auflösung des Reichstags nicht gerechtfertigt werden könne. Sie wäre jedoch durch die Erklärung der übrigen Regierungsparteien in die Zwangslage versetzt, die Kündigung der Koalition zur Kenntnis zu nehmen. Bei den Verhandlungen über das Schulgesetz habe die Deutsche Volkspartei von Anfang an bereitwilligst mitgearbeitet. Sie habe sich insbesondere im Rahmen der Verfassung und der Richtlinien für die Koalition bemüht, zu erreichen: die Erhaltung der Bekenntnisschulen und der bestehenden Simultanschulen, die Wahrung des Elternrechts, die Gewährleistung des Religionsunterrichts nach den Grundsätzen der Religionsgesellschaften. Das Zustandekommen des Gesetzes sei gescheitert an dem Widerstand anderer Parteien gegen: die Sicherung der verfassungsmäßigen Vorzugsstellung der Gemeinschaftsschulen, die Erhaltung der Simultanschule; die Gewährleistung eines geordneten Schulbetriebes, unter Ablehnung der Zertrümmerung des Schulwesens durch konfessionelle, weltlich und weltanschaulich eingestellte Zwergschulen, die unbedingte Sicherung der Schulhoheit des Staates. Gescheitert sei das Schulgesetz demnach an der Ueberspannung der Forderungen des Zentrums, die im Enderfolg zu einer Untergrabung der Autorität des Staates über die Schule geführt hätten, Forderungen, denen die Deutschnationale Volkspartei allzu bereitwilligst Gefolgschaft geleistet habe. Gescheitert sei es an der Ueberspannung des Begriffs des Elternrechts, die in ihrer Auswirkung zu einer Zersplitterung und Verschlechterung des gesamten Schulwesens und — zum Schaden der christlichen Erziehungsgrundlage — zu unabsehbarer Entwicklung religionsloser Weltanschauungsschulen geführt hätten. Wenn auch bei der Beratung des Schulgesetzes, so heißt es weiter, die ideellen Fragen naturgemäß im Vordergrund gestanden hatten, so hätte doch angesichts unserer finanziellen Gesamtlage die Kostendeckung nicht außer Betracht bleiben dürfen. Die erforderliche Klarheit hierüber sei bis zum letzten Augenblick nicht herbeizuführen gewesen. Fest habe nur gestanden, daß durch die Gestaltung des Gesetzes, insbesondere durch die letzten Vorschläge der Regierung und der übrigen Parteien eine erhebliche Steigerung der Lasten für Reich, Ländern und Gemeinden noch über die Vorlage hinaus entstanden wäre, für die eine Deckung nicht vorhanden sei.

Hierzu sei kurz folgendes gesagt: Es ist wohl richtig, daß vor einem Jahr die jetzt zerbrochene Koalition nicht allein zur Erledigung des Schulgesetzes auf die Beine gestellt wurde. Tatsache ist aber, daß kulturelle Momente für die damalige Koalitionsbildung den Ausschlag gegeben haben. Wenn die Deutsche Volkspartei erklärt, sie habe bei den Verhandlungen über das Reichsschulgesetz von Anfang an bereitwilligst mitgearbeitet, so ist das nichts weiter als durchsichtige Schaumschlägerei. Die angebliche Bereitwilligkeit bestand nämlich bekanntlich in nichts anderem, als in einer von Sitzung zu Sitzung sich verstärkenden Intransigenz. Geradezu lächerlich wirkt die Behauptung, die Deutsche Volkspartei habe sich um die Erhaltung der Bekenntnisschule, um die Wahrung des Elternrechtes und um die Gewährleistung des Religionsunterrichtes bemüht. Was die Deutsche Volkspartei unter Bekenntnisschule usw. versteht, ist gerade das Gegenteil von der Auffassung christlicher Eltern. Ganz entschieden muß die überhebliche Behauptung zurückgewiesen werden, daß das Schulgesetz an der Ueberspannung der Forderungen des Zentrums gescheitert sei. Gerade das Zentrum war es, das bis an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gegangen ist, und erst dann den liberalen Wünschen der Deutschen Volkspartei ein energisches Halt zurief, als diese daran ging, an den grundsätzlichen Forderungen des Zentrums zu rütteln. Alle Verschleierungen und Verdrehungen werden die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Deutsche Volkspartei der Totengräber dieser Koalition ist, weil sie durch ihre nicht mehr zu überbietende Intoleranz sich der Erledigung der Schulgesetzvorlage hindern in den Weg stellte.

★

Die Zentrumsfraktion des Reichstags an die Wählerschaft.

◆ **Berlin**, 15. Februar. (Drahtb.)

Die Zentrumsfraktion des Reichstages wendet sich in folgender Kundgebung an die Wählerschaft:

„Das Reichsschulgesetz ist gescheitert.

Zur Schaffung eines Schulgesetzes auf verfassungsmäßiger Grundlage von Elternrecht und Gewissensfreiheit und der „grundsätzlichen Gleichstellung der Bekenntnisschule mit den übrigen Schularten" haben sich vor Jahresfrist die Regierungsparteien durch Annahme der „Richtlinien" und durch die Regierungserklärung vom 3. Februar 1927 feierlich verpflichtet.

In unermüdlicher Arbeit hat die Zentrumsfraktion in 40 Sitzungen des Bildungsausschusses sich bemüht, unter verständnisvollem Entgegenkommen die unveräußerlichen Rechte der Eltern zu wahren.

Keine Möglichkeit ist unversucht gelassen, um das Reichsschulgesetz zustande zu bringen.

Die Deutsche Volkspartei hat ihre bei der Regierungsbildung eingegangenen Verpflichtungen nicht gehalten. Andauernd war sie bestrebt, gegen alle übrigen Regierungsparteien mit Hilfe der Opposition wesentliche Bestimmungen der Regierungsvorlage zu Fall zu bringen. Sie hat sich den Forderungen auf die vollwertige bekenntnismäßige Ausgestaltung der Konfessionsschule widersetzt. Sie hat im Gedanken der Staatsallmacht selbst den Religionsunterricht wesentlich in die Hand des Staates zu legen versucht. Sogar das in der Verfassung zugesagte Antragsrecht der Eltern auf Schulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung hat sie durch größtmögliche Erschwerung der Vorbedingungen für Errichtung solcher Schulen fast unwirksam gemacht. Endlich hat sie in den sogenannten Simultanschulländern das Recht der Eltern auf Bekenntnis- oder Weltanschauungsschulen für alle Zeiten auszuschalten versucht.

Durch dieses Vorgehen hat die Dtsch. Volkspartei der Zentrumsfraktion die Aufgabe der wichtigsten Grundsätze zugemutet. Bis zur letzten Stunde fortgeführte Verständigungsversuche ergaben die Unmöglichkeit, mit der Deutschen Volkspartei ein Schulgesetz im Sinne der Verfassung und der eingegangenen Koalitionsverpflichtungen zustande zu bringen.

Die Schuld an dem Scheitern des Reichsschulgesetzes fällt auf die Deutsche Volkspartei.

Sie hat damit die Regierungskoalition selbst zerschlagen, die auf ihr besonderes Betreiben zustande gekommen war.

Die zwingende Folgerung daraus war die sofortige Auflösung des Reichstages.

Aus außen- und innerpolitischen Gründen hält die Zentrumsfraktion jedoch den Versuch für notwendig, den Etat und einige Notstandsgesetze in kürzester Frist zu erledigen. Das Gelingen dieses Versuchs hängt von dem Verantwortungsgefühl der anderen Parteien des Reichstages ab.

Trotz des erneuten Scheiterns einer gesetzlichen Sicherung des christlichen Schulideals muß der Kampf auf dem Boden der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und des Elternrechts mit unverminderter Kraft fortgeführt werden.

Dieser Kampf geht um das Zusammenwirken der religiösen und kulturellen Lebenskräfte des deutschen Volkstums in der Gestaltung des Schulwesens, um die Hebung der Bildung aller Schichten des Volkes.

Schon jetzt rufen wir die Wähler in Stadt und Land auf, diesen Kampf mit aller Entschiedenheit und hingebender Treue an die alten Ideale aufzunehmen."

★

Erklärungen der Deutschnationalen.

◇ **Berlin**, 15. Febr.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat heute eine Erklärung herausgegeben, daß all' ihre Bereitwilligkeit zum Entgegenkommen in der Schulfrage vergeblich gewesen sei. Die sachlichen Schwierigkeiten hätten überwunden werden können, aber die Deutsche Volkspartei habe sich fortgesetzt in Gegensatz zu den drei anderen Regierungsparteien gestellt und im Laufe der Zeit eine immer unfreundlichere und unnachgiebigere Haltung gegen das Gesetz angenommen.

Die deutschnationale Pressestelle teilt mit: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei kommt in einer Erklärung auf die Behauptung zurück, daß nach dem Scheitern des Schulgesetzes „die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei gemeinschaftlich erklärt hätten, daß die Regierungskoalition als gelöst zu betrachten" sei. Sie erklärt ihrerseits die Auflösung der Koalition und die damit zusammenhängende Auflösung des Reichstages im Hinblick auf die noch zu lösenden wichtigen Aufgaben für nicht gerechtfertigt. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß Herr v. Guérard namens des Zentrums in der letzten interfraktionellen Besprechung vor der Weihnachtspause und seitdem wiederholt ausdrücklich erklärt hat, daß das Zentrum die Koalition als aufgelöst betrachten werde, wenn das Schulgesetz scheitere. Die Deutsche Volkspartei mußte also wissen und wußte, daß seitens des Zentrums die Lösung der Koalition erfolgen werde, wenn sie sich nicht zu einer Einigung über das Schulgesetz bereitfinden ließe. Dieser Sachlage trug Graf Westarp als Vorsitzender des Interfraktionellen Ausschusses Rechnung, als er die Besprechung vom 15. Februar damit einleitete, daß der nunmehr vollzogene Abbruch der Verhandlungen über das Schulgesetz, das zu den unveräußerlichen Grund-

lagen der Koalition gehört habe, nicht ohne Folgen für die Koalition bleiben könnte. Er stellte als Vorsitzender diese Folgen zur Erörterung. Darauf erklärte, wie nochmals herbergehoben sei, Herr v. Guérard, das Zentrum betrachte die Koalition als gelöst. Der Darstellung des Herrn Scholz, daß beide Seiten die Koalition als gelöst bezeichnet hätten, widersprach Graf Westarp sofort. Herr Leicht (der Vorsitzende der Fraktion der Bayrischen Volkspartei) schloß sich dem Zentrum an und stellte ausdrücklich fest, daß die Koalition nicht gekündigt sei, sondern durch das Scheitern des Schulgesetzes von selbst ein Ende gefunden habe. Darauf trat auch Graf Westarp für seine Fraktion der Auffassung der anderen Fraktionen bei. Des weiteren wird in der Fraktionserklärung der Deutschen Volkspartei ihre Haltung zum Schulgesetz zu rechtfertigen versucht. Auf die sachlichen Darlegungen wird anderwärts eingegangen werden. Der Deutschnationalen Volkspartei wird niemand das Zeugnis versagen können, daß sie alles getan hat, um die jetzige Krisis zu vermeiden. Nachdem es ihr zu ihrem Bedauern nicht gelungen ist, die Einigung über das Schulgesetz herbeizuführen, wird sie trotz aller darum herbeigeführten Schwierigkeiten alles daran setzen, um die dringendsten praktischen Aufgaben insbesondere die eingeleiteten Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft, die Kleinrentnerversorgung und Liquidationsentschädigung und die sonstigen mit dem Etat zusammenhängenden Angelegenheiten zu erledigen.

Der Arbeitsminister über das Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Deutscher Reichstag.

÷ **Berlin**, 15. Februar.

Als Präsident Löbe den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums aufruft, wendet Abg. Höllein (K.) ein: Hat das denn noch Zweck? Präsident Löbe erwidert: Sind Sie so genau über die politische Lage informiert? Abg. Höllein: Na, es herrscht doch starker Verwesungsgeruch! Präsident Löbe: Jedenfalls können wir wohl diesen Etat noch zu Ende beraten.

In der fortgesetzten zweiten Lesung des Arbeitshaushalts wird das Kapitel „Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung" besprochen. Abg. Brey (Soz.) beklagt sich darüber, daß auf Grund der Bedürftigkeitsprüfung Unterstützungen zu Unrecht abgelehnt worden seien. Unzulässig sei es auch, daß die Erwerbslosen-Unterstützung für Mietsrückstände unmittelbar an den Hauswirt gezahlt wird. Der Redner beantragt in einer Entschließung, die Krisenfürsorge so zu gestalten, daß die längere Zeit hindurch Arbeitslosen dieselbe Unterstützung unter denselben Bedingungen wie in der Arbeitslosenversicherung erhalten.

Abg. Hemeter (Dtn.) begründet eine gemeinsame Interpellation der Regierungsparteien wegen Mißstände, die sich nach Einführung der Arbeitslosenversicherung in der Landwirtschaft eingestellt hätten.

Abg. Lemmer (D.) bezweifelt, daß der Zusammenhang zwischen den bisherigen Koalitionsparteien noch so stark ist, daß sie mit der ebengehörten Begründung ihrer gemeinsamen Interpellation einverstanden wären. (Lachen bei den Deutschnationalen.) Der Redner kritisierte die nur einen Teil der Ausgesteuerten zugutekommenden Krisenunterstützung. Eine große Zahl von Arbeitslosen gehe ganz leer aus. Die Landflucht sei besorgniserregend; aber das Arbeitslosenversicherungsgesetz könne man dafür nicht verantwortlich machen. 60 000 Arbeiter suchten nach der neueren Statistik vergeblich Beschäftigung in der Landwirtschaft. Auf der anderen Seite aber seien mehrere Zehntausende polnische Landarbeiter sogar noch in diesen Wintermonaten in der deutschen Landwirtschaft tätig, weil man dieses Arbeitermaterial aus einer Reihe von Gründen den deutschen Arbeitern vorziehe. (Lebhaftes Hört! Hört! links.) Der Staat könne nicht bürokratisch helfen, die Landwirtschaft solle selbst durch Verbesserung der sozialen und kulturellen Verhältnisse dafür sorgen, daß die Landflucht aufhört.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Die Erörterung der Landflucht führt auf Gebiete, die nicht zu der Beratung dieses Etats gehören. Zu Unrecht schätzt der Vorredner die Arbeitslosenziffer höher, als es die amtlichen Stellen tun. Er muß die Verschiedenartigkeit der Statistiken bedenken: Berlin z. B. führt noch etwa 30 000 Arbeitslose, die garnicht mehr allgemein arbeitsfähig sind. Auch alle Gelegenheitsarbeiter werden in den Listen geführt. Die Etatsansätze für Erwerbslose waren alle nur vorläufig. Sie sind allerdings in diesem Jahr niedriger. Aber aus dem Vorjahr sind erhebliche Mittel noch verfügbar. Die Schwierigkeiten, auf die die Interpellation der Regierungsparteien hinweist, sind auch der Regierung bekannt. Für Saisonarbeiten werden höhere Löhne gezahlt, auf dem Lande findet sich auch häufig im Winter Füllarbeit. Berufsübliche Arbeitslosigkeit ist aber ein Regelfall. Die Verordnung von Anfang Dezember für die Forstwirtschaft wird für die nächste Forstperiode nachgeprüft werden. Der Verwaltungsrat der Versicherungsanstalt wird sich ferner bemühen, das Arbeitsnachweiswesen auf dem Lande noch bis zum Herbst zu verbessern. Die bisherige Unzulänglichkeit der Nachweise trägt nämlich erhebliche Schuld an den vom Abgeordneten Hennecke geschilderten Umständen. Der Minister äußert sich dann zu der großen Zahl der übrigen Anträge, Entschließungen und Interpellationen. Dabei verspricht er u. a. eine Bestimmungen über Krisenfürsorge. Im übrigen würden auch diejenigen, die aus der Krisenfürsorge entlassen werden müßten, nicht ihrem Schicksal überlassen, sie würden von der öffentlichen Fürsorge unterstützt. (Widerspruch links.) Er (der Minister) habe die Reichsanstalt ermächtigt, die Krisenfürsorge bis zum Ende des Winters zu verlängern, soweit in einzelnen Bezirken ein dringendes Bedürfnis bestehe. Die vom Reichsrat beantragte Uebernahme der gesamten Kosten der Krisenunterstützung auf das Reich (bisher tragen die Gemeinden ein Fünftel) lehnt der Redner ab, ebenso die in einer Entschließung geforderte Beseitigung der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge. Diese Unterstützung sei eine Ausnahme, sie müsse sich auf Fälle der Bedürftigkeit beschränken.

Abg. Frau Teusch (Z.) erklärt ihr völliges Einverständnis mit dem Inhalt der gemeinsamen Interpellation. Auf jedes einzelne Wort könne sich allerdings eine Koalitionspartei bei einem solchen Kompromißprodukt nicht festlegen lassen. Lohndrückende Tendenz habe jedoch allen Regierungsparteien ferngelegen. Die Wiedereinführung der Bedürftigkeitsprüfung sei nicht beabsichtigt. Die Rednerin begründete ferner eine Entschließung ihrer Partei, daß öffentliche Notstandsarbeiten auch den Empfängern der öffentlichen Fürsorge zugute kommen soll, die keine Arbeitslosenunterstützung mehr bekommen.

Beim Kapitel „Wohnungs- und Siedlungswesen" begründet Abg. Lipinski (Z.) als Berichterstatter, das vom Wohnungsausschuß vorgeschlagene Baukreditgesetz 1928. Im Namen seiner Partei fordert der Redner ein festes Bauprogramm auf lange Sicht, mindestens bis 1935 und tritt für Auslandsanleihen für den Wohnungsbau ein.

Abg. Dr. Steiniger (Dn.) fordert stärkere Beteiligung privater Bauunternehmer. Die Hauszinssteuer müsse mindestens im bisherigen Umfange bestehen bleiben. Der Redner stimmt dem vom Ausschuß beschlossenen Bauprogramm zu.

Abg. Tremmel (Z.) betont, daß der private Baumarkt heute den Wohnungsbedarf nicht decken könne. Die Wohnungsdichte sei in den deutschen Großstädten so groß, daß 81 Personen auf ein Haus kommen. Daß es auch anders möglich sei, zeige Bremen, wo schon auf acht Personen ein Haus entfalle.

Abg. Winnefeld (D. Vp.) verlangt völlige Objektivität bei der Verteilung der Hauszinssteuermittel. Besonders die kleinen Bauunternehmer müßten berücksichtigt werden. Die rheinisch-westfälische Industrie habe 36 Millionen für Wohnungsneubauten aufgewendet, ohne einen Pfennig aus der Hauszinssteuer erhalten zu haben.

Abg. Lucke (W. Ver.) erklärt, mit öffentlichen Mitteln werde sehr teuer und sehr schlecht gebaut. Das Volk verlange, daß die Hauszinssteuer voll zum Wohnungsbau verwendet werde. Es sei eine Schmach, wie den Hausbesitzern ihr Eigentum entzogen werde.

Abg. Frau Dr. Lüders (D.) befürchtet, daß Deutschland den Namen eines Kulturvolkes verliert, wenn weiterhin die Tatsache bestehen bleibe, daß eine Million 300 000 Familien ohne eigene Wohnung sind. Bei diesem Wohnungselend sei die notwendige Folge die Kinderlosigkeit.

Abg. Büll (D.) betont, daß das Reichsarbeitsministerium im Einverständnis mit den großen politischen Parteien in den letzten Jahren viel mehr für den Wohnungsbau getan habe, als die Wirtschaftspartei überhaupt nur in Aussicht gestellt habe.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen und auf Donnerstag 14 Uhr vertagt.

Schluß 19,15 Uhr.

Eine Debatte über den Einheitsstaat

Preußischer Landtag.

:=: **Berlin**, 15. Februar.

In der heutigen Landtagssitzung wurde zunächst der Novelle zum Aerztekammergesetz in der Schlußabstimmung zugestimmt. Es folgte die Beratung der kommunistischen Uranträge, die von der Reichsregierung verlangen, daß die Verordnung der Reichsregierung über den Achtstundentag in der Schwerindustrie vom 13. Juli 1927 für alle Gebiete und Betriebe sofort in Kraft gesetzt werde. Ein weiterer Antrag, über den am Freitag namentlich abgestimmt wird, spricht dem Handelsminister Dr. Schreiber das Mißtrauen aus.

Abg. Schubert (K.) begründet eingehend diese Anträge, wobei er heftig gegen die Stillegungen der Ruhrindustrie polemisierte, die nun sogar indirekt zur Aussperrung von mehr als 800 000 Arbeitern führen sollten.

Handelsminister Dr. Schreiber meint, die kommunistische Kritik seiner Amthandlungen gingen von unrichtigen Voraussetzungen aus. In der Stellungnahme Preußens sei der Wunsch der Regierung zum Ausdruck gekommen, in der Großeisenindustrie den achtstündigen Arbeitstag durchweg zur Anwendung zu bringen. (Lebhaftes Hört! Hört! bei den Demokraten). Eine Zustimmung zu der Verordnung des Reichsarbeitsministers war nicht erforderlich, ist nicht nachgesucht und von der preußischen Regierung auch nicht erteilt worden. (Lebhaftes Hört! Hört! links). Ich glaube nicht, daß es bei der parlamentarischen Lage im Reichstag möglich sein wird, auf dem Wege der Gesetzgebung über den Reichsrat eine Aenderung des Zustandes herbeizuführen, ehe die Ausnahmefristen abgelaufen sind, also bis Ende Juli.

Abg. Lademann (Komm.) erklärt, daß der Minister die Unwahrheit gesagt hat. (Sehr wahr! bei den Kommunisten und Rufe: „Absägen!" — Präsident Bartels ruft den Redner zur Ordnung). Weiter stelle ich fest, daß kommunistische Reichstagsabgeordnete sehr wohl den kommunistischen Standpunkt gegenüber dem Reichsarbeitsminister zum Ausdruck gebracht haben. (Hört! Hört! bei den Komm. und Rufe: „Da hat der Handelsminister wieder die Unwahrheit gesagt! — Präsident Bartels rügt diese Ausdrucksweise). Damit schließt die Besprechung. Der kommunistische Antrag geht an den Handelsausschuß. Ueber das Mißtrauensvotum gegen den Handelsminister wird am Freitag abgestimmt.

Es folgen dann die zurückgestellten Abstimmungen zum Wohlfahrtsetat. Im Hammelsprung wird entschieden über einen sozialdemokratischen Antrag, den Ausgabetitel zur Unterstützung der Beratungsstellen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten um 50 000 auf 170 000 ℳ zu erhöhen. Der Antrag wurde gegen eine starke Minderheit abgelehnt. Weitere angenommene Anträge des Hauptausschusses fordern Vorlegung eines Reichshebammengesetzes und eines Landesgesetzes über den Irrenschutz. Ferner fanden Annahme Anträge des Hauptausschusses, die fordern: Besondere Beihilfen für Kleinrentner, Erhöhung der Beihilfen für Schwangere, Förderung des Jugendherbergswesens, Bereitstellung von 50 000 ℳ zur Ausbildung von Sportärzten und Einrichtung sportärztlicher Beratungsstellen. Auch zum Wohnungs- und Siedlungswesen wurde eine große Anzahl von Anträgen angenommen, so der Antrag Hauszinssteuerhypotheken nur zu gewähren, wenn dem Bedarf an Kleinwohnungen entsprochen werde. Abgelehnt wird der Antrag, die verfügbaren Hauszinssteuermittel in Form von Bauzuschüssen, oder Bauprämien dem privaten Bauhandwerk zuzuführen.

Damit war die zweite Beratung des Wohlfahrtshaushaltes abgeschlossen. Das Haus beginnt die zweite Beratung des Haushalts des Innenministeriums.

Abg. Heilmann (S.) erstattet den Ausschußbericht. Er hebt hervor, daß der Ausschuß den Fonds für die Grenzgebiete auf 10,5 Millionen erhöht hat, wovon drei Millionen auf den Westen entfallen sollen. Da eine Aussicht auf baldige Verwirklichung des Einheitsstaates nicht gegeben sei, sei die Verwaltungsreform tatkräftig zu fördern. Besonders sei die Stärkung der Selbstverwaltung verlangt und vom Minister auch zugesagt worden. Das Ziel bei den Eingemeindungen sei auch nach der Ansicht des Ministers, leistungsfähige Verbände zu schaffen. Eine generelle Bevorzugung der Städte auf Kosten des Landes solle dabei nicht stattfinden.

Mit dem ersten Abschnitt ist die Aussprache zu einer großen Anzahl von Anträgen und Anfragen verbunden. Sie betreffen u. a. Hilfeleistungen für Hochwasserschäden, Verlängerung der Polizeistunde, die neue Verordnung über das Flaggendurch öffentliche Körperschaften, Steuer und Aufwertungsfragen bei Auflösung der Gutsbezirke.

Abg. Bubert (S.) erklärt: Die deutschnationale Opposition sei zusammengebrochen an der sachlichen Arbeit der preußischen Staatsregierung. (Sehr gut, links.) Bei der Verfassungsreform könne es sich höchstens um die Förderung des Einheitsstaates handeln. Die Sozialdemokraten vertreten hier auch heute noch den Standpunkt, daß Preußen jederzeit bereit sei, im Reiche aufzugehen, wenn die übrigen Länder mitmachen. Sie lehnten aber ab, Preußen zu zerschlagen, ohne daß die süddeutschen Staaten bereit wären, den Einheitsstaat mitzumachen. Die Verwaltungsreform sei unbedingt notwendig. Es sei unerträglich, wenn hochstehende Beamte, wie Reichsbankpräsident Schacht, in öffentlichen Versammlungen von Luxusausgaben der Gemeinden spräche, wobei Schacht Behauptungen aufgestellt habe, die er nicht durch Tatsachen belegen konnte, die aber die Städte in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht schwer geschädigt haben.

Abg. von Winterfeldt (Dn.) erinnert daran, daß der Abg. Dr. Heß (Z.) vor längerer Zeit im Landtag ausgeführt habe, daß das Zentrum gegen den Einheitsstaat und für den Föderativstaat sei. Herr Dr. Heß habe versichert, im Auftrage seiner Fraktion zu sprechen, und die Deutschnationalen stellten fest, daß sie in dieser Auffassung mit dem Zentrum durchaus übereinstimmen. (Gelächter links und Rufe: Halb und Halb!) Der Einheitsstaat werde nicht billiger arbeiten als der Föderativ-Staat. (Sehr wahr bei den Deutschnationalen). Trotzdem erstreben wir eine Beseitigung des Gegeneinanderregierens von Reich und Preußen, an dem die preußische Staatsregierung die Hauptschuld trägt. Trotz aller schönen Worte des Ministers des Innern für die Selbstverwaltung greift er unberechtigt ein, wo es ihm politisch paßt. So insbesondere in der Flaggenfrage. Andererseits vermissen wir sein Eingreifen bei Luxusausgaben der Städte, die zu unerträglich hohen kommunalen Steuerzuschlägen führen. Unerträglich ist der Druck, der auf die Beamten ausgeübt wird. Im Ministerium scheint man weder an die steuerlichen Folgen für die Kreise noch an die unklaren Verhältnisse bei den Schulpatronaten, noch an die Gefährdung der nationalpolitischen Belange in Oberschlesien, die die Aufhebung der Gutsbezirke zur Folge hat, gedacht zu haben. Wir müssen verlangen, daß bei Verfassungsfeiern, zu denen alle Beamten gezwungen werden zu erscheinen, einseitige Parteipolitik unterbleibt. Im Falle Claaß ist die ganze Aktion eine Irreführung der öffentlichen Meinung und des Reichsanwalts durch den Minister des Innern gewesen. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Dr. Peuker (Ztr.) erklärt, in der Frage der Verfassungsreform steht das Zentrum zum Föderativsystem. Die Anhänger des Einheitsstaates spalten sich in Anhänger des zentralisierten und des dezentralisierten Einheitsstaates. Wir müssen beide in dieser Form ablehnen. Die Verwaltungsreform wird charakterisiert durch Abgrenzung von Verwaltungsbezirken, Zusammenlegung von Behörden, Verkürzung des Instanzenweges, Beseitigung von Behörden und Beseitigung von Enklaven. Diese Verwaltungsreform ist zum Teil schon in der Durchführung begriffen, zum Teil wird sie vom Landtag tatkräftig durchzuführen sein. Die Aufhebung der Gutsbezirke liegt zur Stärkung der Landgemeinden gleichfalls im Rahmen der Verwaltungsreform. Den Grenzgebieten, namentlich im Osten, ist weitestgehende finanzielle Hilfe auch mit Rücksicht auf die politische Zukunft des Reiches zu gewähren.

Hierauf wurde die Weiterberatung des Haushalts des Ministeriums des Innern auf Donnerstag 12 Uhr vertagt. Schluß 18,15 Uhr.

*

Gegen das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk.

▲ **Berlin**, 15. Febr. Im preußischen Landtage ist von der sozialdemokratischen Fraktion eine große Anfrage eingebracht worden, die dahin geht, ob dem Staatsministerium bekannt sei, daß sich durch das andauernde weitere Vordringen des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes in den innneren Markt der Saarwirtschaft für das süddeutsche Wirtschaftsgebiet Schwierigkeiten ergeben, die bei Zurückgliederung des Saargebietes für seine Existenz bedrohend sein könnten. Es wird gefragt, was das Staatsministerium tun wolle, um diese politisch gefährlichen Expansionsbestrebungen des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes zurückzuweisen und eine Beeinträchtigung stark politischer und volkswirtschaftlicher Interessen der Nation durch die Geschäftspolitik des Werkes zu verhüten.

Die landwirtschaftlichen Kredite.

-!- **Berlin**, 15. Febr. Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß landwirtschaftliche Unternehmer sich von der Ausnutzung vorhandener Kreditmöglichkeiten nur aus dem Grunde fernhalten, weil sie in Zusammenhang mit den kürzlichen Erörterungen im Reichstag über eine Hilfsaktion für die Landwirtschaft, eine allgemeine Verbilligung des landwirtschaftlichen Kredits mit Reichsmitteln erwarten. Von unterrichteter Seite wird aus diesem Anlaß darauf hingewiesen, daß z. Z. zwar Ermittelungen schweben, ob und in welcher Weise Zinsverbilligungen für einzelne örtlich beschränkte Bezirke, in denen besondere Notstände vorliegen, oder für bestimmte Zwecke, wie z. B. Meliorationen, durch Bereitstellung öffentlicher Mittel gegeben werden können. Eine allgemeine Kreditverbilligung für die Landwirtschaft in der Weise, daß etwa für alle landwirtschaftlichen Hypothekenschulden eine Verbilligung des Zinssatzes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel erfolgt, ist aber nicht in Erwägung gezogen worden. Es wäre daher falsch, wenn landwirtschaftliche Unternehmer, die für die Aufrechterhaltung ihres Betriebes langfristige Kredite notwendig haben, und denen sich die Möglichkeit zur Deckung dieses Kreditbedarfes zu angemessenen Bedingungen bietet, in der falschen Erwartung auf eine allgemeine Kreditverbilligung vorhandene Möglichkeiten nicht ausnützen würden.

Deutsches Reich.

Der Nachtragsetat.

◇ **Berlin**, 14. Febr. Das Reichskabinett hat sich in seinen Sitzungen am Montag und Dienstag mit dem Nachtragsetat befaßt, der Ausgaben in Höhe von rund 700 Millionen vorsieht. Der Betrag ist, wie der Reichsfinanzminister bereits gemeldet hat, in voller Höhe gedeckt. Der Nachtragsetat bezieht sich auf die Beamtenbesoldungsreform, die Ostpreußenhilfe, die landwirtschaftlichen Notstandsmaßnahmen und eine Reihe anderer Ausgaben. Er soll so schnell wie möglich dem Reichsrat zugeleitet und dann dem Reichstag zur Verabschiedung unterbreitet werden.

Der deutsche Untergeneralsekretär beim Völkerbund beim Reichspräsidenten.

)) **Berlin**, 15. Februar. Der Herr Reichspräsident empfing heute den Unterstaatssekretär beim Völkerbund, Gesandten Dufour Feronce.

Titulescus Besuch bei Dr. Stresemann.

:: **Berlin**, 15. Februar. Titulescu wird am 16. d. M. in San Remo eintreffen. Wie mitgeteilt wird, wird die geplante Unterredung mit Reichsaußenminister Dr. Stresemann Ende dieser, oder Anfang nächster Woche stattfinden.

Präsidentenwahl im hessischen Landtag.

Darmstadt, 15. Febr. Im hessischen Landtag wurde der sozialistische Abgeordnete Delp mit 55 von 65 abgegebenen Stimmen zum Landtagspräsidenten gewählt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die französisch-spanischen Tangerverhandlungen.

Paris, 15. Febr. Das „Echo de Paris" glaubt mitteilen zu können, daß bei den französisch-spanischen Tangerverhandlungen, deren Abschluß in einigen Tagen erwartet werde, die Polizeifrage wie folgt gelöst worden sei: Man habe sich bemüht, die einander widersprechenden Forderungen Frankreichs und Spaniens in der Weise zu befriedigen, daß, während die bisher bestehenden zwei Polizeikompagnien von einem spanischen und einem französischen Kommandanten geführt wurden, die Polizei von nun ab zwei Inspektoren und einem Kommandanten unterstellt werden solle, sodaß also die direkte Autorität Spanien zufalle, während Frankreich und die anderen Mächte, die das Tangerstatut von 1923 unterzeichnet haben, ein effektives Kontrollrecht ausüben können.

Der amerikanisch-englische Schiedsvertrag und der Krieg.

÷ **London**, 15. Febr. Im Unterhause erklärte auf eine Anfrage Loker Lampson, die Präambel des Entwurfes des neuen Schiedsvertrages zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten enthalte eine Bestimmung, die den Krieg als Faktor der Politik zwischen den beiden Ländern verurteilt.

Der Barmat-Prozeß.

Berlin, 15. Febr. In seinem Plädoyer sagte Oberstaatsanwalt Sturm: Nachdem Staatssekretär Sauter von den Vorgängen Kenntnis erhalten habe, habe er Dr. Höfle die schwersten Vorwürfe gemacht und ihn beschuldigt, in ungesetzlicher Weise gehandelt zu haben. Höfle habe sich damit zu rechtfertigen gesucht, daß er erklärte, er habe den Eindruck gehabt, daß der Minister hier Einwirkungen von außen ausgesetzt sein mußte. Er geht dann auf die im Oktober 1924 erfolgten Abhebungen Höfles von dem Konto „Höfle-Zentrumspartei" ein. Diese Abhebungen hätten rund 15 000 Mark betragen, wovon Höfle 10 000 Mk. für den Bau seines Hauses verwandte. Der Oberstaatsanwalt wandte sich dann einer Hypothek in Höhe von 120 000 Mark zu, die Höfle von dem Direktor der „Ekta", Hirsch, erhalten hatte. Auch bei der Verbuchung sei diesem ein offensichtlicher Vermögensvorteil von Barmat zugewendet worden. Nun komme es darauf an, festzustellen, ob sich Julius und Henry Barmat der Pflichtwidrigkeit in den Handlungen Dr. Höfles bewußt waren. Diese Frage sei, wie die Beweisaufnahme ergeben habe, ohne weiteres zu bejahen. Daraus folge, daß Julius und Henry Barmat gemeinschaftlich der Bestechung des verstorbenen Postministers Höfle in Verbindung mit Anstiftung zur Untreue schuldig seien.

Hochwasser und Sturm.

Steigen des Rheins.

:: **Freiburg**, 15. Februar. Die Regenfälle und die so eingetretene Schneeschmelze haben dem Oberrhein bis heute früh so gewaltige Wassermassen zugeführt, daß der Pegelstand sind bereits annähernd um zwei Meter gehoben hat. Bei Kehl ist der Wasserstand des Rheins bis heute früh um 1,10 m gestiegen. Es muß da die ungünstige Wetterlage anhält, mit einem weiteren Steigen des Wasserstandes im Oberrheingebiet gerechnet werden. Auf dem Feldberg sind im Laufe des gestrigen Tages bis 60 l je Quadratmeter Regenmenge niedergegangen. Die Flüsse, die aus dem Feldberggebiet nach Süden dem Oberrhein zuströmen, sind zum Teil über die Ufer getreten und haben weitgehende Ueberschwemmungen verursacht.

Hochwassergefahr in der Ost-Schweiz.

Bern, 15. Febr. Aus verschiedenen Teilen der Schweiz liegen Nachrichten vor über Hochwassergefahr. Infolge der starken Niederschläge und der Schneeschmelze im Hochgebirge führen die Ostschweizerischen Gewässer große Wassermassen in den Bodensee, welcher rasch ansteigt. Im Rheintal und in Toggenburg besteht Hochwassergefahr. Im Gebirge sind Lawinen niedergegangen. Personen sind bisher nirgends zu Schaden gekommen.

Sturmwetter und Ueberschwemmungen in Frankreich.

◇ **Paris**, 14. Febr. An der Nordwestküste Frankreichs herrscht weiter stürmisches Wetter. In Brest traf der Hilferuf eines englischen Dampfers ein, der sich in Seenot befindet. Ein Schlepper ist zur Hilfeleistung abgegangen. Aus mehreren Gegenden Frankreichs wird ein bedrohliches Steigen der Flüsse gemeldet, die stellenweise über die Ufer getreten sind und große Strecken Landes unter Wasser gesetzt haben.

Vermischte Nachrichten.

Oberlandesgerichtsrat Dr. jur. Franz Bolte †.

)(**Köln**, 15. Februar. Oberlandesgerichtsrat Dr. jur. Franz Bolte ist nach schwerer Krankheit im 44. Lebensjahre gestorben. Dr. Bolte war deutscher Staatsvertreter beim deutsch-französischen gemischten Schiedsgericht in Paris.

Generalmusikdirektor Abendroth als Gastdirigent im Auslande.

)(**Köln**, 15. Februar. Generalmusikdirektor Abendroth ist eingeladen worden, das englische Symphonieorchester in drei Konzerten in der Queenshall in London Ende Februar zu dirigieren. Für April folgt Abendroth zwei Einladungen zu Gastspielen für die Philharmonie in Moskau und Leningrad.

Keine Haftentlassung Jakobys.

⊠ **Berlin**, 15. Febr. Die vom Verteidiger des Staatsanwaltschaftsrates Jakoby beantragte Haftentlassung ist vom Gericht nach mehrstündiger Verhandlung abgelehnt worden.

Die Urheber der Ahrensdorfer Zusammenstöße vor Gericht.

Berlin, 15. Febr. Die Werwolf-Leute Zemke und Hoffmann, die durch ihr Vorgehen gegen den Reichsbannerradfahrer Klemowicz die Veranlassung zu den blutigen Vorfällen in Ahrensdorf gegeben hatten, werden sich wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung am 22. Februar vor dem Schöffengericht in Fürstenwalde zu verantworten haben.

Schmuggel mit Betäubungsmitteln.

Freiburg i. B., 15. Febr. Wegen Verdachts des Schmuggels mit Betäubungs- und Reizmitteln sind in Lörrach und Weil-Leopoldshöhe mehr als zehn Personen festgenommen worden. Wie verlautet, wurde die Ware durch Grenzgänger von Deutschland nach der Schweiz geschmuggelt.

Zwei deutsche Skiläufer am Mont Blanc vermißt.

◇ **Paris**, 15. Febr. Wie Havas aus Bonneville meldet, waren am 9. Februar zwei deutsche Skiläufer von Argentier aufgebrochen, um über die Chardonet-Spitze im Val Ferret (Schweiz) zu erreichen. Man hat seither nichts von ihnen gehört, und ist über ihr Schicksal um so beunruhigter, als in der ganzen Mont-Blanc-Gegend sehr schlechtes Wetter herrscht.

Beulenpest in Brasilien.

Rio de Janeiro, 14. Febr. Die Gesundheitsbehörden haben Maßnahmen ergriffen, um die Weiterverbreitung der Beulenpest, von der mehrere Fälle gemeldet worden sind, zu verhindern.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 16. Februar 1928.

3. **Witwe Zumbrock †.** Am Dienstag morgen starb hier im Alter von 90 Jahren die Witwe Zumbrock, Ostmauer 32, eine unserer ältesten Mitbürgerinnen. Bei allen Nachbarn der Ostmauer und des Schoneberg war sie als „Mutter Brüneberg" bekannt und beliebt. Möge sie ruhen in Frieden!

m. **Jugendpflege-Veranstaltung des städt. Jugendamtes.** Die bereits angekündigte Jugendpflegeveranstaltung des städtischen Jugendamtes, bestehend aus dem Lehrgang „Gesundheit und Sport", Filmvorführungen und Platzweihe mußte um eine Woche verlegt werden und findet nunmehr in der Zeit vom 23.—25. März ds. Js. statt.

3. **Wichtige Beamtenversammlung.** Auch an dieser Stelle möchten wir die Mitglieder des Deutschen Beamtenbundes darauf aufmerksam machen, daß am Freitag, den 17. ds. Mts., 20,30 Uhr, im „Bürgerkrug" eine hochwichtige Tagung stattfindet, in der Herr Gründer von der Bundesleitung in Berlin sprechen wird über „Die Beamtenfragen der Gegenwart",

n. **Kreuzbund.** In den Tagen des 40 stündigen Gebetes ist die Betstunde des Vereins nur in St. Georg von 4—½5 Uhr. Am Fastnachtsmontag ist abends 8 Uhr im Jugendheim, Dietrichstraße, ein lustiger Abend mit Theater, Gesang und allerlei Ulk. (Siehe Anzeige.) Personen, die dem Vereine neu beitreten wollen, sind herzlich willkommen.

3. **Ziehung in der Jugendherbergs-Lotterie.** In der am Sonntag erfolgten Ziehung zum Besten der Deutschen Jugendherbergen im Gau Münsterland fielen die Hauptgewinne auf die Nummern: 46 509, 22 950, 63 758, 44 906, 40 316. Die Gewinnliste kann vom morgigen Freitag ab beim Mittelstandshaus für 0,10 R.-Mk. abgeholt werden.

3. **Oeffentliche Steuermahnung.** Wir weisen hin auf die im Anzeigenteil veröffentlichte Steuermahnung der Stadthauptkasse. Die rückständigen Steuern (Grund- und Hauszinssteuern, Kanalgebühren und Beiträge, Müllabfuhrgebühren und Hundesteuer für den Monat Februar, Gewerbesteuer für das 4. Vierteljahr 1927, Lohnsummensteuer für den Monat Februar, Kirchensteuer der Pfarrgemeinden St. Georg, Liebfrauen und St. Josef für das 2. Halbjahr 1927) sind bis Samstag, den 18. Februar, zu zahlen. Von Montag, den 20. Februar ab sind die Beitreibungskosten zu entrichten.

3. **Gemälde-Ausstellung Wiener Künstler.** Die angekündigte Gemälde-Ausstellung Wiener Künstler wurde gestern im Hotel Gerbaulet eröffnet. Die Bilder sind nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten zusammengestellt, man findet alte und junge Meister mit verschiedenen Techniken vertreten. Der Gesamteindruck der Kollektion ist ein hervorragend guter und bei manchem Besucher dürfte wohl der Wunsch sich geregt haben, ein Bild aus ihr zu erwerben. Einem solchen Wunsche stellen sich in der Regel finanzielle Schwierigkeiten entgegen; man darf aber von dieser Ausstellung behaupten, daß die Preise der Werke im Rahmen des Möglichen sich bewegen und als durchaus mäßig anzusprechen sind. Der Direktor der Gesellschaft „Die schönen Künste" in Wien, Herr Kunstmaler Karl Moser, betreut die Ausstellung und ist immer bereit, Erklärungen abzugeben, wo sie gewünscht werden sollten. Besonders ins Auge fallend sind eine Reihe von Holzschnitten in 3—7 Farben von Maria Loos, ferner Kupferstiche von Professor Uhl, und Landschaften von Parot. Herr Moser selbst ist mit verschiedenen Gemälden in Spachteltechnik vertreten, deren neuartiger Eindruck besonders in der wundervollen plastischen Wirkung liegt. Weitere sehr bemerkenswerte Stücke der Ausstellung sind: ein Strandbild von Anduffi, Großmuster von Prof. Sieberth, Nietsche und 2 Impressionen von Arthur Paunzen, Sklavenhandel und Beduine von Professor F. Bolen, Picknick, Venetia und Prater von Ruzicka. Wiener Motive zeigen farbenfreudige Radierungen von Schindler und Strobel-Pollak. Auch die Schrottschen Radierungen Dreimäderlhaus und Komponisten sind beachtenswerte und schöne Leistungen. Eine eingehende Würdigung jedes einzelnen Werkes ist hier leider nicht möglich, wir empfehlen den Besuch der Ausstellung aber nochmals in der Hoffnung, daß sie sich in finanzieller Hinsicht günstig für die Wiener Künstler auswirkt.

r. **Selbstleuchtende Verkehrszeichen ohne eigene Lichtquellen.** Der ständig zunehmende Autoverkehr, besonders auch zur Nachtzeit, hatte es mit sich gebracht, im Interesse einer vermehrten Verkehrssicherheit der Schaffung geeigneter und dem steigenden Verkehr in jeder Hinsicht gerecht werdenden Warnungszeichen näherzutreten. Verschiedene Systeme wurden auf den Markt gebracht. Besondere Erwähnung verdienen die 24-Stunden-Leuchtzeichen einer Berliner Firma. Diese Zeichen, mit den neuesten Erfahrungen auf dem Gebiete der Optik ausgestattet, werden durch die Lichtquellen herankommender und vorüberfahrender Kraftfahrzeuge, von gut beleuchteten Fahrrädern und Pferdefuhrwerken leuchtend, so daß sie auf weitere Entfernung erkennbar sind. Diese Neuerung ist besonders für den ortsunkundigen Chauffeur von Wichtigkeit. Plötzlich aus dem Dunkel tauchen die Zeichen auf, machen den Chauffeur aufmerksam und ermöglichen so ein sicheres und schnelleres Fahren. Besonders an unüberwachten Bahnübergängen, z. B. Bahnübergang in Rhede u. Rhede-Brügge, wo sich wiederholt Unglücksfälle ereignet haben, wäre die Aufstellung solcher Leuchtzeichen zweckmäßig. Wie von Autofahrern bestätigt wird, bewähren sich die aufgestellten Warnungszeichen recht gut. Es bedarf nur noch mehr der praktischen Ausprobierung. Auf die Aufstellung, die Höhe der Zeichen, muß besonders Rücksicht genommen werden. Die Konstruktion ist folgende: In die vorschriftsmäßigen Zeichen sind Kristallglaslinsen von ganz bestimmter optisch sorgfältig durchgeprüfter Form eingesetzt und wasserdicht abgeschlossen, so daß sie gegen Witterungseinflüsse unempfindlich sind. Die Leuchterscheinung wird durch fremde Lichtstrahlen hervorgerufen die auf die mit Reflektoren ausgerüsteten Kristallglaslinsen geworfen und von diesen reflektiert werden. Demnächst sollen auch Ortstafeln in Form der 24-Stunden-Leuchtzeichen aufgestellt werden. Die Neuerung ist sehr zu begrüßen, sie bedeutet einen Fortschritt auf dem Gebiete der Verkehrstechnik.

m. **Großes Entgegenkommen der österreichischen Bundesbahnen für die Teilnehmer des 10. Deutschen Sängerbundesfestes.** Die Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen hat für 15 Reisewege durch Oesterreich zum Sängerbundesfest oder von Wien aus nach verschiedenen Grenzstationen für Gesellschaftsreisen und Einzelpersonen einen bedeutend ermäßigten Fahrpreistarif genehmigt. Einzeln reisenden Festteilnehmern, welche Oesterreich freizügig, d. h. ohne Bindung an die genannten Routen bereisen werden, steht ein besonders ermäßigtes, für sämtliche Linien der österreichischen Bundesbahnen gültiges General-Festabonnement zur Verfügung. Dieses kann mit Geltungsbeginn von jedem beliebigen Tage zwischen 24. Juni und 23. Juli 1928 angefangen auf die Dauer von 30 Tagen gelöst werden; es berechtigt zu beliebig häufigen Fahrten mit allen fahrplanmäßigen Zügen, ausgenommen Luxus- und Expreßzüge. Auf Grund des Tarifs ergibt sich ein ermäßigter Fahrpreis von 120 Schilling für die 3., 216 Schilling für die 2. und 300 Schilling für die 1. Wagenklasse.

* * *

l. **Anholt**, 16. Febr. **Kath. Werkjugend.** Am vergangenen Freitag behandelte auf dem Schulungsabend der Werkjugend der Vorsitzende der Anholter Werkjugendgruppe den zweiten Teil des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Er sprach über die Karrenzzeit, die Anrechnung auf die Arbeitslosenunterstützung, die Krankenversicherung Arbeitsloser über freiwillige Leistungen der Reichsanstalt, die produktive Erwerbslosenfürsorge, die Träger der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die Organe der Reichsanstalt, die Verfahrensvorschriften usw. Die Werkjugendler folgten gespannt den Ausführungen und die äußerst rege Debatte bewies das Interesse an dem Vortrag. Am heutigen Donnerstag behandelt der Vorsitzende des Arbeitervereins, Herr Heinr. Strucken, den zweiten Teil seines Vortrages: „Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts". Das Erscheinen aller Mitglieder muß Selbstverständlichkeit sein. Sonstige Interessenten sind ebenfalls eingeladen.

Wir baden nur mit Gas!



Zur Gesundheitspflege ist warmes Wasser unentbehrlich.

m. **Anholt**, 15. Februar. **Preismaskenball.** Die Zeit der karnevalistischen Feiern, der Kostüm- und Fastnachtsbälle nimmt mit Anbruch der Karnevalswoche, in der wir uns augenblicklich befinden, ihr Ende. Alle Welt setzt nunmehr zum „Endspurt" an. Nach den verschiedenen Kommersen und Kappenabenden, die die Vereine veranstaltet haben, folgt nunmehr am Samstag abend der Glanz- und Höhepunkt und damit der Abschluß der diesjährigen Anholter karnevalistischen Veranstaltungen. Der Radfahrerverein „All Heil" veranstaltet mit dem Männergesangverein „Eintracht" am Samstag abend im Dreckerschen Saale einen Kostüm- und Maskenball großen Stils. Aus den Andeutungen, die hier und da gemacht werden, eröffnen sich für die Ballbesucher allerhand Perspektiven. Technische und andere neuzeitliche Errungenschaften werden in den Masken und Kostümen symbolisch verkörpert werden und selbst die landwirtschaftlichen Produkte sollen sicherem Vernehmen nach vertreten sein. Wer im vergangenen Jahre den Maskenball des Radfahrer-Vereins „All Heil" mitgemacht hat, wird wissen, daß er auch dieses Mal auf seine Kosten kommt. Sechs der schönsten Masken werden prämiiert. Die Maskenwertung findet von 9,30—11 Uhr statt. Jede Maske, die Wert darauf legt, einen Preis zu erhalten, muß also während dieser Zeit im Saal sein. Für diejenigen, die als Maske erscheinen wollen und Wert darauf legen, etwa an der Kasse nicht erkannt zu werden, empfiehlt es sich, sich vorher beim Vorsitzenden des Radfahrer- u. Gesang-Vereins Herrn Schornsteinfegermeister Richard Krauß eine Eintrittskarte zu lösen. Der Preis hierfür beträgt 1,— Mk. wobei eine Dame frei ist. Jede weitere Dame zahlt einen Eintrittspreis von 0,50 Mark. Für Vereinsmitglieder der beiden festgebenden Vereine beträgt der Eintrittspreis 0,50 Mark, wobei ebenfalls eine Dame frei ist. Die Vorverkaufskarten müssen aber bis Freitag abend gelöst sein. Die Mitglieder der festgebenden Vereine müssen ihre Eintrittskarten ebenfalls bis Freitag abend beim Vorsitzenden gelöst haben. Der Ball beginnt am Samstag abend punkt 7,11 Uhr. Kassenöffnung eine halbe Stunde vorher.

m. **Anholt**, 15. Febr. **Karnevalsfreuden.** In diesen trüben, schweren Zeiten ist echte Freude ein seltsamer Artikel. Meistens artet, was man Freude nennt, in wüste Ausgelassenheit aus. Dies gilt auch von dem üblichen Karnevalstrubel. Doch keine Regel ohne Ausnahme. Hotel Huyink veranstaltete Sonntag abend auf Anregung vieler ständiger holländischer Besucher des Hotels, ein zweites Kappenfest, das von Anfang bis zu Ende einen harmonischen Verlauf nahm und bei dem doch der „dolle pret", wie die Holländer es nennen, den Ton angab. Es war wie eine Verbrüderung der deutschen und holländischen Grenzbewohner, die in vielen humoristischen Ansprachen von beiden Seiten zum Ausdruck kam. Die National-Hymnen beider Länder am Schlusse der Reden gaben der ehrlichen Gesinnung der begeisterten Redner eine feierliche Weihe und nach solchen ernsten Augenblicken der Sammlung trat Prinz Karneval wiederum seinen Siegeslauf an. Gendringen, Ulft, Silvolde und Umgegend waren stark vertreten; es unterliegt keinem Zweifel, daß die Holländer aus der Umgebung auch bei der letzten Karnevalsveranstaltung am Dienstag den 21. Februar, in demselben Hotel, zahlreich anwesend sein werden. Man kann es keinem, der nach des Tages schweren Plagen einige Stunden Erholung sucht, verdenken, daß er sich leichten Fußes aufmacht nach unserem ländlichen Städtchen, das seine Gäste mit solchen harmlosen Karnevalsfreuden so ausgezeichnet zu unterhalten weiß.

n. **Suderwick**, 15. Febr. **Winterfest des Kriegervereins.** Am vergangenen Sonntag feierte der Kriegerverein sein Winterfest, das einen recht schönen Verlauf nahm. Sehr rasch füllte sich der stimmungsvoll geschmückte Festsaal mit Festteilnehmern. Der erste Vorsitzende, Herr Booms, hieß die Erschienenen in herzlichen Worten willkommen. Er gedachte dann der verstorbenen und der im Felde gefallenen Kameraden, zu deren Ehren sich die Anwesenden von ihren Sitzen erhoben. Am Schluß sprach er den Wunsch aus, daß der heutige Abend allen Festteilnehmern vergnügte Stunden bringen möge. Zunächst folgte nun die Aufführung einiger lebender Bilder, welche allgemeinen Beifall fanden. Mit Recht, denn die Bilder waren gut gelungen und zeigten, daß die Darsteller sich beim Einüben viel Mühe gegeben hatten. Auch das folgende Theaterstückchen „Leutnant Friedrich" erntete stürmischen Beifall, der ebenfalls wohl verdient war. Die Spieler zeigten sich völlig verwachsen mit ihren Rollen und so konnte es nicht ausbleiben, daß eine gute Vorstellung zustande kam. Im weiteren Verlauf des Abends wurde dann noch tüchtig das Tanzbein geschwungen. Der Kriegerverein kann mit dem Erfolg seines Winterfestes wirklich zufrieden sein.

r. **Borken**, 15. Febr. **Versetzung.** Dem Herrn Medizinalrat Dr. Jakobi wurde auf seinen Antrag hin vom zuständigen Minister die Kreisarztstelle in München-Gladbach verliehen und zwar zum 1. April ds. Js. Der Genannte war im hiesigen Kreise seit 1922 in gleicher Eigenschaft beruflich tätig. Ueber seinen Amtsnachfolger ist bis zur Stunde etwas Definitives nicht bekannt.

* **Dorsten**, 15. Febr. **Erhängt.** Am Dienstag morgen fand man den 21 jährigen J. L. im elterlichen Hause im Keller erhängt. Die Tat mußte kurz zuvor geschehen sein. Die Sanitätskolonne, die sofort herbeigerufen wurde, machte längere Wiederbelebungsversuche, allein vergeblich. Der Arzt konnte denn auch nur den Tod konstatieren. Der Grund, der den jungen Mann in den Tod getrieben hat, steht nicht fest. L. hatte in letzter Zeit in Duisburg gearbeitet, dort aber das Arbeitsverhältnis freiwillig aufgegeben und war nach hier zurückgekehrt, ohne Arbeit zu haben.

* **Ahaus**, 15. Febr. **Urnenfund.** Auf dem sogenannten Heidenkerhof in der Bauerschaft Ammeln ist vor einigen Tagen wieder eine Urne ausgegraben worden. Leider wurde bei der Bergung durch den Besitzer des Grundstücks ein Stück aus dem oberen Teile der sonst gut erhaltenen Urne herausgestoßen. Neue sachwissenschaftliche Ergebnisse dürfte der neueste Fund kaum im Gefolge haben, weil an derselben Stätte bereits vor einigen Jahrzehnten der Museumsleiter Baum aus Dortmund Exemplare für das Industriestadt-Museum ausgraben konnte. Nebenbei sei erwähnt, daß in dem fraglichen Gebiete ein goldener Sarg verborgen sitzen soll. Es ist das aber nur eine der vielen Wandersagen, die auch sonst im Westmünsterland gar häufig wiederkehren.

Vom Niederrhein.

— **Isselburg**, 15. Febr. **Nächtlicher Unfug.** In der Nacht zum Montag wurden hier verschiedene Firmenschilder gewaltsam beschädigt. Aehnliche Bubenstreiche kamen in letzter Zeit häufiger vor. So wurde in der vergangenen Woche einem Hausbesitzer das Hoftor mit Hofmauer umgerissen. Hoffentlich gelingt es bald, der Täter habhaft zu werden.

— **Hamminkeln**, 15. Febr. **6 Pferde beschlagnahmt.** Am hiesigen Bahnhof beschlagnahmte der Landjäger Wente einen Waggon, enthaltend 6 Pferde, die von zwei Händlern P. aus Haltern und K. aus Anholt hier verladen und nach Dortmund expediert waren. Die Pferde wurden polizeilicherseits ausgeladen und im Ort untergebracht. Die nachfolgende weitere Untersuchung wird es an den Tag bringen, ob es sich bei den beschlagnahmten Tieren wirklich um Schmuggelware handelt.

— **Emmerich**, 16. Febr. **Wieder ein Opfer der Tram.** Gestern morgen kurz vor 7,30 Uhr hat sich auf der 's-Heerenberger Straße wieder ein schweres Trammgluck zugetragen. Der Bäckermeister Wilhelm Schütt wollte auf seinem Fahrrade, aus der Duwendahlstraße kommend, die Gleise der Trambahn noch im letzten Moment vor dem um diese Zeit von Holland kommenden Zuge überqueren. Dabei rutschte vermutlich das Fahrrad an der feuchten Schiene aus, so daß Schütt zu Fall kam und unter die Räder der Lokomotive geriet, die ihn noch ein ziemliches Stück mitschleiften und gräßlich zurichteten. Der Bedauernswerte, der sofort tot war, war 37 Jahre alt und hinterläßt Frau und vier Kinder.



Selbstrasierer!
Vor dem Einseifen die Haut gründlich mit
NIVEA-CREME
einreiben! Erfolg: Schmerzloses Rasieren, blendendes Schneiden des Messers, keine Reizung der Haut. Preise: M 0,20 – 1,20

— **Wesel**, 15. Febr. **Besserung auf dem Arbeitsmarkt im Bezirk Wesel.** Eine leichte Besserung auf dem Arbeitsmarkt des Weseler Bezirks, der die Orte Wesel, Obrighoven-Lackhausen, Schermbeck, Ringenberg, Haldern, Millingen sowie Rees-Stadt und Rees-Land und Isselburg umfaßt, war Anfang Februar zu verzeichnen. Sie ist in der Hauptsache auf die Einstellung von Arbeitern im Hoch- und Tiefbau zurückzuführen und scheint weiter anzuhalten. Im einzelnen ergeben sich für die verschiedenen Bürgermeistereien folgende Erwerbslosenziffern, wobei zu beachten ist, daß die erste Zahl den Stand Anfang Januar, die zweite Ziffer den Höchststand im Januar und die dritte Zahl den Stand am 1. Februar darstellt: Wesel: 977 Anfang Januar, 1199 Höchststand im Januar; 890 am 1. Februar; Ringenberg: 90, 96, 73; Rees-Stadt und -Land 172, 219, 175; Schermbeck 107, 190, 24; Millingen 88, 95, 81; Haldern 81, 101, 47; Obrighoven 64, 90, 33; Isselburg 46, 62, 59.

— **Bislich**, 15. Febr. **Leichenlandung.** Am Montag wurde hier die Leiche eines etwa 5 Jahre alten Mädchens bei Kilometer 325 aus dem Rhein gelandet. Den Kleidern nach zu urteilen, scheint das Kind aus einer sorgsamen Familie zu stammen und beim Spielen verunglückt zu sein. Der Tod mag vor etwa 2—3 Wochen eingetreten sein.

Aus dem benachbarten Holland.

r. **Winterswijk**, 15. Febr. **Autounfall.** Am Montag mittag geriet auf dem Kottenschen Weg ein Personenauto ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Der Zusammenprall war so heftig, daß die beiden Insassen, der Besitzer des Wagens und ein Monteur aus Hengelo schwere Verletzungen am Kopf und an den Händen davontrugen. Der Monteur wurde zum Krankenhaus nach Hengelo gebracht, während der andere Verletzte im hiesigen Krankenhaus verbunden wurde. Das Auto wurde schwer beschädigt.

r. **Winterswijk**, 15. Febr. **Unfall infolge des Sturmes.** Bei dem Sturmwind am Samstag mittag stürzte hier ein Dachziegel von einem Hause und fiel einem Bäckergesellen auf den Kopf, so daß dieser eine schwere Verletzung davontrug.

Turnen, Sport und Spiel.

:: **Sportfreunde 97 Bocholt. D. J. K.** Am heutigen Abend 7,30 Uhr ist für die Jugend-Abteilung Versammlung im Jugendheim, Dietrichstraße. Um 8,30 Uhr Versammlung der Stamm-Mannschaft im Arbeiterheim St. Paulus. Erscheinen aller Mitglieder ist Ehrenpflicht. „Jugendkraft Heil!"

Verantwortlich für den Zenteil: für Politik Chefredakteur Dr. Maier, für den allgemeinen provinziellen u. vermischten Teil Fritz Overthun, für Feuilleton Josef Hom, für Handel Dr. jur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münster and Alfons van Beveren, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Jacher und Dr. Häfner, Berlin SW. 11, für den allgemeinen Inseratenteil Jos. Sibora, Münster i. W. Verlag: J. & A. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Dr. W. Schmitz, Bocholt, für den örtlichen Anzeigenteil Joh. Remakes, Bocholt.

Das Beste ist
gerade gut genug für Ihr Kind. Ernähren Sie es deshalb mit
Ruferke und frischer **Milch!**
Der gute Erfolg wird Ihnen Freude machen.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich eine
Spezialwerkstatt
für Firmen- und Reklameschilder
in Glas, Holz usw.
Buchstaben in Stein, Hols, Glas u. Metall.
Transparente-, Licht-, Reklamelaternen.
Ich bitte um gütige Unterstützung und stehe mit fachmännischer Beratung gern zur Verfügung.
Bocholt, den 16. Februar 1928.
Walter Hafels, Franzstr. 3.

Ein schwarzbuntes
Mutterkalb
und ein
Stierkalb
hat abzugeben.
Herm. Renzel, Barlo.

Freitag nachmittag von 2 Uhr an ist von einem fetten Schwein
Fleisch
zu 80 Pfg. das Pfund zu haben bei
Bernh. Renzel,
Hemdener Weg 61.

Ein großer, dreitüriger, fast neuer
Kleiderschrank
umständehalber zu verkaufen.
Wo? ist zu erfragen i. d. Geschäftsst. d. Bl.

Gummistrümpfe
Kniekappen
elast. Binden
in allen Ausführungen und Preisen.
Drogerie Bruns
Nordstraße 22.

Suche zwei geräumige, leere
Zimmer
in guter Lage, für gewerbliche Zwecke.
Schriftliche Angebote unter C. 1293 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

bei **Husten** nur
Sagitta-Hustenbonbons
in allen Apotheken erhältlich.
Stets vorrätig: Arens'sche Marien-Apoth., Löwen-, St. Georgius-Apoth. Bocholt. — Apoth. Borken-Anholt-Rhede-Isselburg.
Das kräftige, schmerzlindernde und schleimlösende **Heilmittel** bei Husten, Heiserkeit sowie Bronchialkatarrh.
Sagitta-Werk München SW. 2

Ihre
Verlobungsanzeigen
druckt rasch und preiswert
J. & A. TEMMING, Realschulstr. 14.
Moderne Formate und Schriften.

Mütter!
Gebt Euren Kindern
Lebertran-Emulsion
aus der Drogerie Bruns.
Bewährtes knochenbildendes Nähr- und Kräftigungsmittel.
Drogerie Bruns, Bocholt

Geschäftseröffnung
Den geehrten Bewohnern von Isselburg und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich im Hause des Schreinermeisters Johann Schaffeld, Isselburg, 1. Etage, eine
Damenschneiderei
eröffnet habe. Auch empfehle ich mich zum Anfertigen von Kaban-Anzüge. Ich garantiere für saubere Arbeit und guten Sitz.
Es wird mein Bestreben sein, meine Kundschaft in jeder Weise zur vollen Zufriedenheit zu bedienen und bitte um geneigten Zuspruch.
Frau Clara Enting,
Schneiderin.



Hier hilft nur
„Lebewohl"
das beste Mittel gegen
Hühneraugen
u. Hornhaut
Blechdose (8 Pflaster) 75 Pf., Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 60 Pfg., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben bei Stern-Drog. A. Steiner & Grote, Med.-Drog. H. Uhlenkotte, Drog. Bruns, Nordstr. 22.

Eine Weltreise für alle Leser des „Bocholter Volksblatt".

Sämtliche Unkosten nur 30 Pf. pro Woche.

Wer möchte nicht erfahren, wie die weite Welt mit all den Wundern der Natur aussieht und wie die Menschen darauf leben. Aber zum Reisen gehört Zeit und Geld. Soll darum der Wunsch, die fremden Länder und Völker kennen zu lernen, für weite Kreise auf immer unerfüllbar bleiben? — — Nein! Reisende und Künstler sind deshalb hinausgegangen, tief in die entlegensten Länder hinein, um uns in Wort und Bild von dem zu berichten, was schön und sehenswert ist. Sie werden mit uns von Land zu Land, von Ort zu Ort reisen. Wir versprechen unseren Lesern genußreiche Stunden und wollen ihnen ein freundlicher, aufmerksamer Führer sein. Trete jeder mit uns getrost die Weltreise an und lerne durch unsere Zeitschrift „Durch alle Welt" die Pracht der Natur, die Sitten und Gebräuche der verschiedenen Menschenrassen ohne Reisebeschwerden, teure Ausrüstungen und Reisegelder kennen. — Zu einer Reise gehört aber auch eine allgemeine Orientierung über Länder, Städte, Gebirge, Ströme, Seen, die besucht werden. Es erhalten daher alle Abonnenten in Lieferungen einen großen **Handatlas gratis**

Sobald Sie den angefügten Anmeldeschein ausgefüllt und eingesandt haben, wird die Reise angetreten.

Anmeldeschein
für die Leser des „Bocholter Volksblatt".
An die Expedition **„Durch alle Welt"** **Berlin-Schöneberg** E 19
Ich abonniere hiermit **„Durch alle Welt"** auf ¼ Jahr, jede Woche ein Heft für 30 Pfg. frei ins Haus.
Name: _____
Ort und Straße: _____

Umzugshalber

verkaufe ich

Damenkonfektion, Stoffe, Seiden

nur Qualitätswaren

zu äußerst herabgesetzten Preisen.

Frau Helene Angenendt

Ravardistraße.

Durch die Geburt eines prächtigen

STAMMHALTERS

wurden hocherfreut

Dr. Carl Padberg und Frau
Thea geb. Marlie.

Odenkirchen (Rhld.),
14. Februar 1928.

Oeffentliche Steuermahnung

Die rückständigen Grund- und Hauszinssteuern, Kanalgebühren und Beiträge, Müllabfuhrgebühren und Hundesteuern für den Monat Februar,
Gewerbesteuer für das 4. Vierteljahr 1927,
Lohnsummensteuer für den Monat Februar,
Kirchensteuern der Pfarrgemeinden St. Georg, Liebfrauen und St. Joseph für das 2. Halbjahr 1927
sind bis Samstag, den 18. Februar 1928, zu zahlen.

Von Montag, den 20. Februar ab sind die Beitreibungskosten mit zu entrichten.

An die Zahlung wird hiermit gemahnt.

Diese Bekanntmachung vertritt die Stelle des Mahnzettels.

Bocholt, den 16. Februar 1928.

Die Stadthauptkasse.

Ausweise

zur Teilnahme an unserem

Maskenfeste

am **Sonntag, den 19. Februar ds. Js.** (Fastnachtsonntag) **19 Uhr** im Schützenhause sind bis Samstag 19 Uhr im Zigarrengeschäft Göbbels (Markt), zu haben. **Ohne Ausweis Teilnahme unmöglich!** Mitglieder erhalten denselben gegen Vorzeigung der Beitragsquittung vom 1. Februar ds. Js.

Turnverein Bocholt e. V.

Heute (Donnerstag) abend ab 19 Uhr:

Italienische Nacht

Restaurant Langenhoff.

Deutscher Beamtenbund
Ortskartell Bocholt.

Herr Gründer von der Bundesleitung in Berlin, der seinen für den 3. Januar in Aussicht genommenen Vortrag plötzlich eingetretener Umstände wegen nicht halten konnte, wird nunmehr bestimmt am

Freitag, den 17. ds. Mts., 20,30 Uhr

im „Bürgerkrug" über

„Die Beamtenfragen d. Gegenwart"

sprechen. Zu dieser Versammlung wird auch der Vorsitzende des Provinzialkartells erwartet.

Wir bitten die Mitglieder dringend um ihr Erscheinen.

Bocholt, den 15. Februar 1928.

Altenkämper. Wessels. Wilms.

Holzverkauf

Am **Samstag, den 18. Februar 1928,** nachmittags 2 Uhr werden auf Sommers u. Finke in Crommert öffentlich meistbietend gegen Barzahlung oder kurzen Kredit verkauft:

18 Parzellen (184 Raummeter) bereit liegendes Kiefern-, Eichen- u. Birken-Brennholz;
5 Parzellen (650 Stück) Kiefern-Bohnenstangen;
4 Parzellen (8,5 Raummeter) Kiefernschlieten;
3 Parzellen (11 Raummeter) Eichen zu Frechtpfählen;
6 Kiefernstämme (1,20 Festmeter) Grubenholz und leichtes Bauholz.

Anfang auf Finke nahe dem Hofe. Vorherige Auskunft und Anweisung durch Forstwärter Fischer, Crommert Nr. 74.

Das dem Herrn **Heinrich Bungert** gehörige, vor dem Neutor in der Nähe von Liebrand belegene

Grundstück

zur Größe von 400 Ruten

habe ich zum Verkaufe an der Hand und wollen Reflektanten Angebote bei mir abgeben.

Theodor Hidding.

Wassermotore, Waschmaschinen, Tafelwagen, Gewichte, Milchkannen, Siebe, Schläuche.

Reparaturen an Gaskochern.

Klempnerei und Installation

Telefon 2768. **K. SCHWUNG** Kirchstr. 23.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen 1 Uhr meine innigstgeliebte Gattin, unsere gute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Ehefrau Johann Gerhard Landers
Gertrud geb. Tenbült

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

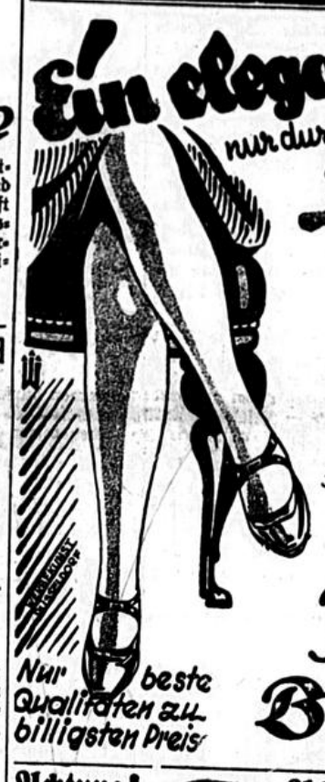
Sie starb unerwartet, infolge eines Schlaganfalles, wohlvorbereitet durch einen echt christlichen Lebenswandel, im 73. Lebensjahre.

Dieses zeigen tiefbetrübt an mit der Bitte um ein andächtiges Gebet für die liebe Verstorbene.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Anholt, Vehlingen, Megchelu, Millingen,
den 15. Februar 1928.

Die Beerdigung findet statt am Samstag, den 18. Februar 1928, morgens 9 Uhr, vom Sterbehause aus, danach das feierliche Seelenamt in der Pfarrkirche zu Anholt, wozu freundl. eingeladen wird.



Ein elegantes Bein
nur durch den gutsitzenden
Strumpf.

Größte Auswahl

in nur besten Qualitäten

zu billigsten Preisen

finden Sie bei

J. & F. Biergans

Nur beste Qualitäten zu billigsten Preis

---

3. Orden

Ant. Pernizki
ist gestorben.

Arbeiterverein St. Paulus.

†

Unser Mitglied

Josef Renfing

ist seinem vor 8 Tagen verstorbenen Bruder Alois nachgegangen. Auch in ihm verliert unsere Theaterabteilung einen treuen Spielgenossen. Wir gedenken seiner im Gebet. Das hl. Seelenamt ist am Freitag, 8 Uhr, in der Liebfrauenkirche, anschl. die Beerdigung vom St. Agnes-Hospital aus.

Der Vorstand.

Kreuzbund

Unsere **Betstunde** ist nur in St. Georg von 4—½5 Uhr.

Fastnachtsmontag, den 20. Febr., **abends 8 Uhr im Jugendheim** Dietrichstraße

Lustiger Abend

mit Theater, Gesang usw.

Es ladet alle frdl. ein

Der Vorstand.

Der Herr der am Samstagabend einen

falschen Schirm

bei Flügemann mitgenommen hat und sich dieserhalb am Sonntag morgen dort meldete, wird höflichst gebeten, denselben wenn möglich bis Freitag dort wieder abzugeben, evtl gegen den seinigen umzutauschen.

Teppiche-Läufer ohne Anz in 10 Monatsraten lief. Teppichhaus Agay & Glück, Frankfurt a. M 1515. Schreiben Sie sofort.

Achtung! **Achtung!**

Holländische Fische!

Heute Donnerstag und Freitag zu haben:

Prima große, mittel u. Bratschellfische, große Schollen, Kablian, Monnikendammer, Bratbückinge, holländische Heringe, Sprotten, sowie Kieler Bücklinge Pfd. 40 Pfg.

Nur erstkl. holländische Ware.

Ferner hochfeine

Blutapfelsinen

in jeder Preislage.

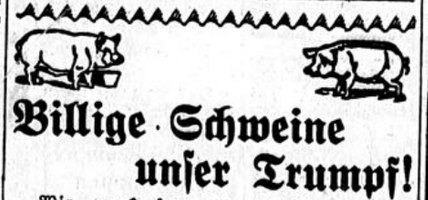
Jakob Goedhardt, Langenbergstr. 13. Telefon 2589.

Kauft Roos-Schuhe!



Es gibt nichts Besseres!

Schuhhaus Böcker. Gasthausplatz 3.



Billige Schweine unser Trumpf!

Wir verkaufen am Samstag morgen ½9 Uhr wieder bei Overbeck am Güterbahnhof Bocholt, eine Partie

Oldenburger Schweine

zu alleräußersten Preisen.

Friedr. Buers u. Dietr. Kroezemann

Ein schwarzbuntes

Mutterkalb

und ein

Stierkalb

von eingetragenen Eltern, zu verkaufen.

Jos. Honsel, Stenern.
Telephon 2427.

Anzeigenpreis für das 1spaltige Millimeter: 12 Pf., lokale Anzeigen 7,7 Pfg., Familienanzeigen 7,7 Pfg., Kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,5 Pfg., behördliche Anzeigen parteipolitische Anzeigen 10 Pfg.
Bezugspreis: 2,95 Goldmark, Einzelpreis 10 Pf.

Wegen bequeme Teilzahlung liefere ich Ihnen

Radio-Apparate

in allen Preislagen.
Unverbindliche Vorführung.

Optiker Winkler
Neustr. 18.

Lehrling

mit guter Schulbildung, möglichst Obersekunda-Reife, stellt ein

Drogerie Maaß, Bocholt i. W.
Wesemannstraße 17
ab 1. März Osterstraße 22.



12 Tassen Kaffee

verschiedener Bohnensorten wurden geprüft.

Die eine Hälfte war mit einer Zutat von „Weber's Carlsbader" bereitet.

Der Fachmann war nicht in der Lage, sie herauszufinden. So einfach und unauffällig gleicht sich „Weber's Carlsbader" jeder Geschmacks-Nuance der Kaffeebohne an.

Allerdings: Der Prüfende hatte die Augen verbunden, sonst hätte die schöne goldbraune Färbung und die Klarheit des Getränkes ihm die Zutat von „Weber's Carlsbader" verraten.

Jeden Donnerstag frisch!

Bratfisch	Pfd. **30**	Pfg.
Schellfisch mittel	„ **30**	„
Cabliau	„ **30**	„
Rotbarsch	„ **30**	„
Prima entgrätet **Filetfisch**	„ **50**	„
Schollen	„ **65**	„
Bückinge	„ **25**	„
grüne Heringe	„ **14**	„

Heinr. Hill

Capitol-Theater

Wir bringen

heute (Donnerstag)
unwiderruflich zum letzten Male

das große

Ufa-Filmwerk,

dessen Herstellung mehr als 7 Millionen Goldmark verschlungen hat.



Die Weltstadt der Zukunft, ihre phantastische Pracht, ihre Katakomben und ewigen Gärten, die Welt der Arbeit tief unter der Erde, die Stätte wüster Orgien u. froher Daseinslust im Lichte der Sonne.

12 Akte.

Der größte Film, der je gedreht wurde, dabei eines der unvergänglichsten Denkmale aller Zeiten.

Spieldauer ca. 2 Stunden.

Hierzu das tolle Lustspiel:

Kavaliere für 24 Stunden

Lachen ohne Ende.

Außerdem:

Ueber Berg und Tal

Schweizer Wanderfahrten.

Keine erhöhten Preise

Fahrräder werden aufbewahrt

Notverkauf

Opel-Limousine 4 Pf

wie neu 2500.— Mk. im Auftrage

Autohaus Josef Becher,
Wesel, Tel. 2306.
Vertretung für
Opel
NSU
BMW
DKW
Zündapp
Standard.

Zwei hochtragende schwarzbunte

Rinder

von guten Muttertieren mit Leistungsnachweis abstammend hat preisw. zu verkaufen od. zu vertauschen Joh. Schüling, Viehh. Ostwall 58. Tel. 2907.

Tüchtige

Jacquard-Weber

gesucht, gute Verdienstmöglichkeit.

Gebrüder Schultz,
mech. Buntweberei,
Duisburg,
Grabenstr. 55.

Ein intelligenter

jung. Mann

nicht unter 20 Jahren, für die Färberei gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein ordentlicher Junge als

Maler- und Anstreicherlehrl.

zu Ostern gesucht.

Friedrich Bongers,
Maler- u. Anstreichermeister,
Gasthausplatz 7.

Schlosser-Lehrling

gesucht

zu Ostern nach Rhede, welcher zu Hause Kost und Logis hat.

Anfragen sind unter D. & W., Rhede, an die Geschäftsstelle ds. Bl. abzugeben.

Junges

Mädchen

von 16—17 Jahren 4—5 Wochen zur Aushilfe gesucht in kleinen bürgerl. Haushalt.

Wiethold,
Schanze 47.

Suche für sofort ein älteres, zuverlässiges

Mädchen

für Küche und Hausarbeit.

Frau Richard Kloppert
Hamminkeln.